

Politischer Jahresbericht

Südosteuropa 2007/2008



Belgrad

Regionalbüro Südosteuropa, Juli 2007 – Juni 2008

Dragoslav Dedović

Juli 2008

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
Serbien	5
Paraphierung des SAA und gescheiterte Kosovo-Verhandlungen	5
Präsidentenwahlen	5
Reaktionen auf die Kosovo-Unabhängigkeit	6
Vorgezogene Parlamentswahlen und Regierungsbildung	7
Serbien und das Haager Tribunal	10
Soziale, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung	11
Kosovo	11
Von den Wahlen zur Unabhängigkeitserklärung	11
Kosovo erklärt Unabhängigkeit	12
Unruhen im Norden des Kosovo	12
Neue Verfassung tritt in Kraft ^^	13
Soziale und wirtschaftliche Entwicklung	14
Montenegro	14
Djukanovićs Comeback	15
Sieg des Djukanović-Getreuen bei den Präsidentenwahlen	15
Wirtschaftliche und soziale Entwicklung	15
Bosnien-Herzegowina	16
EU Integrationsprozess und Internationale Gemeinschaft	16
Menschenrechte, Vergangenheitsbewältigung und Rechtsstaat	17
Gleichstellung der Geschlechter	18
Wirtschaftslage und nachhaltige Entwicklung	18
Kroatien	19
Fortsetzung der EU-Annäherung	19
Innenpolitik – zwischen Parlaments- und Lokalwahlen	20
Neokonservatismus und Schutz der Menschenrechte	21
Die Zivilgesellschaft, Ökologie, Energie, Ökonomie	22
Ausblick	23
Anhang: Wichtige Ereignisse Juli 2007 – Juli 2008	25

Zusammenfassung

Hebt man im Berichtszeitraum die Unterzeichnung und Paraphierung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) zwischen Brüssel einerseits und Podgorica, Belgrad und Sarajevo andererseits sowie die erfolgreich geführte EU-Politik der kroatischen Regierung hervor, gibt es Grund für verhaltenen Optimismus bezüglich der europäischen Zukunft der Region. Zu erwähnen ist auch die Verhaftung des ehemaligen Präsidenten der Republika Srpska (RS), Radovan Karadžić und seine Auslieferung nach Den Haag. Bei dieser Einschätzung ist nicht zu vergessen, dass es sich um so genannte Postkonfliktstaaten handelt.

Sie befinden sich inmitten eines Transformationsprozesses. Es ist aber nicht immer klar, ob sich in allen diesen Ländern die Demokratie konsolidiert oder ob sich die Defekte der jungen Demokratien weiter vergrößern. Als Indizien für eine negative Entwicklung sind zu nennen: unterentwickelte Rechtstaatlichkeit, Verbindungen zwischen der Politik, der organisierten Kriminalität und Teilen des staatlichen Apparats, unaufgeklärte Morde an PolitikerInnen, JournalistInnen und NRO-VertreterInnen, Einschüchterung potenzieller Zeugen bei Kriegsverbrecherprozessen, wie zum Beispiel im Falle Haradinaj im Kosovo. Wenn man die nationalistischen „Rückfälle“ ehemaliger demokratischer Hoffnungsträger (Milorad Dodik und teilweise Haris Silajdžić in Bosnien-Herzegowina, Vojislav Koštunica in Serbien) sowie die Machtkonzentration in den Händen der „demokratisierter“ Warlords im Kosovo dazu zählt, wird klar, dass die Herausforderungen in SOE gewaltig bleiben.

Auch die internationale Großwetterlage über dem Balkan ist komplizierter geworden, die neue Rolle Russlands macht sich bemerkbar: Im Jahre 2007 und 2008 gelang es den serbischen Diplomaten mit Hilfe Russlands, die Kosovo-Frage in eine Art Remake der diplomatischen Schlacht aus dem Kalten Krieg zu verwandeln. Russland widersetzte sich im UNO-Sicherheitsrat der erklärten Unabhängigkeit Kosovos. Sicherheits- und energiepolitisch erscheint Russland in der Region zunehmend als reale oder von der nationalistischen Rechten herbeigeträumte machtpolitische Alternative zur Westbindung oder gar zum westlichen Demokratiemodell. Das russische Kapital ist in der Region eine feste Größe, insbesondere in Montenegro, aber auch in Serbien, teilweise in Bosnien-Herzegowina und Kroatien. Der vom Kreml kontrollierte Energiekonzern Gazprom sicherte sich Anfang 2008 ohne öffentliche Ausschreibung die Mehrheit an der serbischen Ölindustrie. Zudem einigten sich beide Länder darauf, die Gaspipeline South Stream über serbisches Territorium in Richtung EU zu bauen.

Die politische Entwicklung in Serbien war dramatisch: Zwischen der Paraphierung (Oktober 2007) und der Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA, April 2008) vergingen sechs Monate. Sie waren seit der Ermordung des Ministerpräsidenten Djindjić im Jahre 2003 in Belgrad politisch sicherlich die turbulentesten. Die dichte Folge der Ereignisse mit der Belgrad zu tun hatte, zeigt sich schon in ihrer Aufzählung: Gegen Ende 2007 scheiterten die langwierigen Kosovo-Verhandlungen, während Belgrad und Brüssel das SAA-Abkommen paraphierten. Es folgten im Februar 2008 die Präsidentschaftswahlen und - einige Tage danach - die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo. Die Koštunica-Regierung scheiterte im März 2008, die vorgezogenen Parlamentswahlen im Mai 2005 brachten den Sieg der EU-freundlichen Kräfte. Im Juli 2008 war die erste Handlung der neuen Regierung die Verhaftung Radovan Karadžićs.

Die Zwischenbilanz: Eine knappe Regierungsmehrheit der europafreundlichen Kräfte wurde mit einem bitteren Kompromiss bezahlt – die jetzige parlamentarische Mehrheit in Serbien kam nur zustande, weil die Sozialisten die Seite wechselten. Das taten sie ohne Distanzierung zu den Untaten aus der 1990ern, die ihre Parteiführer nicht im Namen des Sozialismus, sondern im Namen des Serbentums ideologisch vorbereiteten, politisch durchsetzten und logistisch organisierten. Die Partei des 2005 verstorbenen Slobodan Miloševićs übernahm relativ reibungslos die Rolle der Mehrheitsbeschafferin für den mächtigen Block des ersten Mannes der Demokratischen Partei (DS) - des europafreundlichen Präsidenten Boris Tadić.

Das Kosovo ist seit dem 17. Februar 2008 unabhängig. Die Probleme des „Armenhauses Europas“ sind damit aber sicherlich nicht aus der Welt geschafft. Die Rechtsstaatlichkeit ist im Kosovo aufgrund der geltenden Gesetze zwar formell gewährleistet, jedoch in einigen Bereichen kaum umzusetzen: Bewegungsfreiheit, Sicherheit, Menschenrechte für alle BürgerInnen können kaum garantiert werden. Nachdem die Statusfrage den einheimischen Politeliten nicht mehr als Feigenblatt für die drängenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme dienen wird, ist eine systematische Stärkung der demokratisch-politischen Kultur und eines, über die Grenzen der Ethnien hinaus gehenden, Dialogs im Kosovo notwendig. Einer Teilung des Kosovo in den serbischen Norden und den albanischen Süden – die de facto bereits existiert – sollte die EU durch eine schnelle Beitrittsperspektive, die konsequente Modernisierung und die Demokratisierung der kosovarischen Gesellschaft entgegen wirken.

In Bosnien-Herzegowina verlief die politische Entwicklung widersprüchlich. Dem seit Herbst 2006 regierenden Ministerpräsidenten der Republika Srpska (RS), Milorad Dodik, gelang es seine Vormachstellung weiter auszubauen. Durch seine sozial-populistische und gezielt nationalistische Rhetorik errang er inzwischen eine unumstrittene Führungsposition unter den bosnischen Serben. Dabei trägt seine Herrschaft in der RS gelegentlich die Züge einer „gelenkten Demokratie“. Seine politischen Auseinandersetzungen sowohl mit den in der kroatisch-bosniakischen Föderation dominierenden muslimisch-nationalistischen bosniakischen Parteien als auch mit der Internationalen Gemeinschaft nahmen erheblich zu. Die sowieso beschränkte Effizienz des Regierens auf allen staatlichen Ebenen nahm nicht zuletzt aus diesem Grund drastisch ab. Zugleich gelang im Juni 2008 die seit Jahren auf Eis gelegte Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU.

Montenegro und zum großen Teil Kroatien werden in der kommenden Periode die Erfüllung der EU-Kriterien eher substantiell und nicht wie bisher formell angehen, was eine enorme Reformanstrengung für sie bedeutet.

Fazit: Zwar sind gewaltsame Auseinandersetzungen nicht mehr an der Tagesordnung – zwei neue Staaten (Montenegro und das Kosovo) entstanden zwischen 2006 und 2008 ohne kriegsartige Auseinandersetzungen, aber die gesellschaftliche Spaltung ist in allen genannten Ländern weiterhin tief und das Konfliktpotenzial bleibt vorhanden – wie die Ausschreitungen in Belgrad und in Kosovska Mitrovica nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovos zeigen.

Serbien

Paraphierung des SAA und gescheiterte Kosovo-Verhandlungen

Im November 2007 paraphierten der EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn und der serbische Präsident Tadić in Brüssel das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA). Die Unterzeichnung war erst vorgesehen, wenn Belgrad uneingeschränkt mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag zusammen arbeitet. Dabei ging es vor allem um die Verhaftung und Auslieferung des wegen Kriegsverbrechen angeklagten Ex-Serben-Generals Ratko Mladić. Parallel zur Paraphierung des Abkommen ist in Belgrad der Fortschrittsbericht der EU-Kommission vorgestellt worden. Serbien ist im Bereich Wirtschaft sehr gut beurteilt worden. Die meiste Kritik gab es für die vorherrschende Korruption und den Reformmangel in der Justiz und den Geheimdiensten. Ebenfalls angemahnt wurde die Lage der Medien.

Diese formelle Annäherung Serbiens an die EU wurde von den viermonatigen erfolglosen Kosovo-Verhandlungen überschattet. Die internationalen Vermittler Wolfgang Ischinger, Frank Wisner und Alexander Botsan Chartschenko, konnten nach der Beendigung der Verhandlungen am 10. Dezember in ihrem Bericht nur die Unstimmigkeiten zwischen Belgrad und Prishtina auflisten.

Während der Verhandlungen lagen offiziell oder inoffiziell viele Lösungsvorschläge auf dem Tisch: Eine Teilung des Kosovo, eine Konföderation zwischen Serbien und Kosovo oder ein Vertrag zwischen Prishtina und Belgrad über einen „neutralen Status“, ähnlich dem Grundlagenvertrag von 1972 zwischen den beiden deutschen Staaten. Belgrad hat für das Kosovo eine „substanzielle Autonomie“, wie etwa in Hongkong (China), den Åland-Inseln (Autonomie von rund 25.000 Schweden in Finnland) oder Puerto Rico vorgeschlagen.

Serbien hat weitere Gespräche verlangt, aber die Kosovo-Albaner sahen die Statusverhandlungen als beendet an und hielten das Thema Unabhängigkeit für unverhandelbar.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen bekräftigte das serbische Parlament Ende Dezember 2007 seinen Anspruch auf das Kosovo und warnte vor den Auswirkungen einer möglichen Kosovo-Unabhängigkeit auf die diplomatischen Beziehungen zwischen Serbien und der EU. 220 Abgeordnete stimmten für den Resolutionstext, 14 Abgeordnete der Liberaldemokratischen Partei (LDP) waren dagegen und drei enthielten sich. Die Resolution wurde von Präsident Tadić und dem konservativen Ministerpräsidenten Vojislav Koštunica (Demokratische Partei Serbiens, DSS) unterstützt. „Serbien wird niemals ein unabhängiges Kosovo akzeptieren“, sagte Tadić im Parlament. Koštunica bezeichnete ein unabhängiges Kosovo als „Marionettenstaat“. Die USA würden ihn nur aus eigenen militärischen und Sicherheitsinteressen anerkennen. Der entscheidende politische Kampf wurde in Serbien von da an um die Frage geführt, ob man die Lösung für das Kosovo an die EU-Annäherung Serbiens koppeln solle.

Präsidentchaftswahlen

Unmittelbar vor den Präsidentchaftswahlen Anfang Februar 2008 verweigerte Ministerpräsident Koštunica dem stärkeren Koalitionspartner Tadić seine Wahlunterstützung, weil dieser den Vorschlag ablehnte, das Regierungsprogramm um den Kosovo-Punkt zu erweitern: Tadić hätte sich verpflichten müssen, die Schließung aller internationalen Verträge Serbiens – inklusive das Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen (SAA) - von der Kosovo-Haltung des Vertragspartners abhängig zu machen. Tadić lehnte diese Erpressung ab, die Verknüpfung der Kosovo-Frage mit der serbischen EU-Zukunft war damit aber nicht vom Tisch.

Etwa 2.300.000 wahlberechtigte BürgerInnen wählten Tadić. Die Differenz zu seinem nationalistischen Kontrahenten Tomislav Nikolić (Serbische Radikale Partei, SRS) betrug nur etwa 100.000 Stimmen.

Diese knappe Differenz der Stimmen legte das Dilemma Serbiens offen: Die Gesellschaft ist tief gespalten. Auf den ersten Blick haben die BürgerInnen zwischen Nationalismus und Europa gewählt. Auf den zweiten Blick verändert sich dieses Bild: Im achten Jahr nach dem Sturz Miloševićs grassiert die Korruption, die Arbeitslosigkeit ist hoch, das Gesundheitswesen marode und der soziale Abstieg weiter Teile der Bevölkerung ist gravierend. Ähnlich wie in anderen Transformationsländern haben sich in Serbien die Oligarchen die absolute Wirtschaftsmacht gesichert – das demokratische Serbien unterscheidet sich in diesem Punkt kaum vom Milošević-Regime.

Neben dem Festhalten am Kosovo machte Nikolić auch diese Probleme zu seinen Wahlkampfthemen. So erzielte er sein „Traumergebnis“ von 48 Prozent.

Reaktionen auf die Kosovo-Unabhängigkeit

Nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo (17.2.2008) und nach der ersten Anerkennung des neuen Staates durch Washington, London und Berlin kam es am 21. Februar zu Großdemonstrationen und Krawallen in Belgrad.

Die serbische Regierung organisierte diese große Protestversammlung unter dem Slogan „Kosovo ist Serbien“. Der Protest sollte die Ablehnung der Unabhängigkeit des Kosovo unterstreichen. Vor mehreren hunderttausend Demonstranten sprach auch Ministerpräsident Koštunica. Er bezeichnete das Kosovo als eine identitätsstiftende Konstante in der serbischen Geschichte. Seine Rede offenbarte seine ideologische und politische Nähe zum Chef der Radikalen, Tomislav Nikolić. Dieser sprach nach ihm

und schickte giftige Worte westwärts. Der Ministerpräsident der bosnisch-herzegowinischen Entität Republika Srpska, Milorad Dodik, ließ seinen serbisch-nationalen Gefühlen in Belgrad freien Lauf. Die Republika Srpska werde das Kosovo nie anerkennen, Serbien bleibe das Vaterland der bosnischen Serben. Der Präsident Tadić fehlte bei der Veranstaltung: Er war zu Besuch in Rumänien, obwohl seine Demokratische Partei (DS) die Großdemonstrationen formell mitunterstützt hatte. DS-Minister waren nicht unter den Rednern. Tadićs Quadratur des Kreises – gleichzeitig ein serbisches Kosovo und ein europäisches Serbien zu beschwören – führte dazu, dass er die große politische Bühne in der serbischen Hauptstadt seinem nationalistischen Koalitionspartner Koštunica sowie dessen rechts außen Reservepartner Nikolić überließ.

Nach den politischen Ansprachen zogen die Demonstranten zum Tempel des Heiligen Sava, wo die serbische Kirche ein „Gebet für die Rettung der Kosovo-Serben“ zelebrierte. Die anschließende Rede des Bischofs Amfilohije, die Nummer eins in der Kirchenhierarchie, war ein gut performter Kirchensegnen für einen harten Kosovo-Kurs. „Entweder leben Serben in Freiheit oder sie sterben für die Freiheit“, mahnte er.

Mehrere hunderttausend Demonstranten aus ganz Serbien waren an jenem Donnerstagabend in Belgrad unterwegs. Unter den Demonstranten befanden sich Gruppen jugendlicher Hooligans, die sich vor der US-Botschaft versammelten und diese später anzündeten. Junge Männer attackierten außerdem die Deutsche Botschaft sowie die Vertretungen Kroatiens, der Türkei und Großbritanniens. Bei den Auseinandersetzungen zwischen gewalttätigen Demonstranten und der serbischen Polizei wurden rund hundert Menschen verletzt, ein Demonstrant

starb. Unbekannte plünderten mehrere Geschäfte im Zentrum Belgrads.

Vesna Pešić von der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) beschuldigte in einem Fernsehinterview die Regierung, die Gewalt geduldet oder sogar mitorganisiert zu haben. Tatsächlich waren die diplomatischen Vertretungen der westlichen Länder nicht ausreichend polizeilich gesichert, obwohl es in den Tagen davor mehrmals zu kleineren Ausschreitungen gekommen war. Auch schritt die Polizei nicht sofort ein.

Vorgezogene Parlamentswahlen und Regierungsbildung

Die Regierung unter Ministerpräsident Koštunica schlug am 10. März dem Staatspräsidenten Tadić Neuwahlen für den 11. Mai 2008 vor. Die Hauptprotagonisten der Koalition, Regierungschef Koštunica und Staatspräsident Tadić, waren sich einig, dass sie sich nicht mehr einigen können.

Zu den vorgezogenen Parlamentswahlen war es gekommen, weil die Koalition seit den Präsidentschaftswahlen und der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo so gut wie handlungsunfähig war. Der Grund: Tadić weigerte sich, wie von Koštunicas DSS und den Radikalen ultimativ verlangt, die EU-Annäherung des Landes und den politischen Kampf gegen die Kosovo-Unabhängigkeit zu verbinden. Auf den Punkt gebracht lautete der nationalistische Vorschlag: Kein internationales Abkommen mit der EU, in dem nicht explizit stehen sollte, dass das Kosovo ein Teil Serbiens sei.

Der Wahlkampf in Serbien zeigte, dass für den national-konservativen Ministerpräsidenten Koštunica das Kosovo wichtiger war als die europäische Zukunft Serbiens. Er kündigte an, das in Brüssel Ende April unterzeichnete Stabilisierungs- und Assoziierungs-

abkommen (SAA) nach den Wahlen für nichtig erklären zu wollen. Das Abkommen mit Brüssel sei ein Betrug mit dem Ziel, die Abtrennung des Kosovo zu legitimieren. Der Radikale Nikolić bezichtigte den Staatspräsidenten Tadić wegen seiner Unterschrift unter dem SAA sogar des Verrats. Der serbische Präsident erhielt sogar anonyme Morddrohungen. Koštunica und Nikolić bildeten inzwischen im rechten Spektrum eine nationalistische Wertegemeinschaft, deren kleinster gemeinsamer Nenner die Kosovo-Frustration war.

Neben dem Festhalten am Kosovo machte Nikolić, wie schon während der Präsidentschaftswahlen im Februar 2008, vor allem soziale Probleme zu seinen Wahlkampfthemen.

Tadić und die DS gingen nur als knappe Sieger aus den Präsidentschaftswahlen hervor, da sie ausge-rechnet in diesen wichtigen Themenbereichen relativ blass blieben. Das große Versprechen der Tadić-Wahlkoalition hieß Europa, ihre Gegner wiederholten unermüdlich, dass der Preis für ein EU-Serbien das Kosovo sei. Die Serben bekamen dadurch vermittelt, dass sie auf dem europäischen Wege auf ihre Identität, ihre Würde und auf 15 Prozent des Staatsterritoriums verzichten müssten. Das bleibt auch nach den Wahlen ein von rechts außen gern gepflegter Diskurs, denn seit Jahrzehnten erneuert sich der serbische Nationalismus immer wieder aus dem Opfermythos, eng verwoben mit dem Kosovo-Mythos.

Im Gegensatz zu den Parlamentswahlen im Januar 2007 verschoben sich bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2008 die Kräfteverhältnisse zu Gunsten des pro-europäischen Präsidenten Tadić und seiner Verbündeten. Die DS und die neoliberale Partei G17 plus hatten 2007 zusammen 30 Prozent der Stimmen. Zu wenig für einen klaren Sieg über die

bisher stärkste Partei im Lande, die ultranationalistische SRS. Die Anwerbung des politisch tot geglaubten Chefs der Serbischen Erneuerungsbewegung (SPO), Vuk Drašković, für die Wahlen 2008 erwies sich als geschickter Schachzug Tadićs. Drašković war zwar im Jahr 2007 an der Fünfprozenthürde gescheitert, konnte aber jederzeit drei bis vier Prozent ergebener Anhänger mobilisieren. Er brachte diese sonst politisch verlorenen Stimmen jetzt dem Tadić-Bündnis.

Auf Tadićs Seite schlug sich diesmal auch Nenad Čanak (Liga der Vojvodina-Sozialdemokraten, LSV), der scharfzünftig für die Wiederherstellung umfangreicher Autonomierechte für die nördliche Provinz Vojvodina eintritt. Er schied aus der Wahlkoalition mit der kleinen Liberal-demokratischen Partei (LDP) aus und lief über zu dem mächtigeren Partner Tadić. Ein paar Prozent der Stimmen brachte auch er mit. Tadić vereinte somit Draškovićs nationalistisch-royalistische Tschetniks mit den neoliberalen Wirtschaftsexperten von G17 plus und mit den Vojvodina-Autonomisten sowie mit den Vertretern der bosniakischen Demokratischen Partei Sandschaks (DPS). Die Mathematik ging auf: Die Wahlkoalition der vier Parteien „Für ein europäisches Serbien – Boris Tadić“ verfügte über ein realistisches Potenzial zwischen 36 und 37 Prozent. Es wurden daraus sogar mehr: 38,7 Prozent.

Die Radikalen verbesserten ihr Ergebnis unwesentlich und blieben somit stärkste Einzelpartei. Die Enttäuschung war dem Wahlstab der Radikalen anzusehen, denn in allen Umfragen hatten sie, bis kurz vor dem Wahltag, im Wettrennen mit der Tadić-Koalition die Nase vorn. Was war geschehen? Die Geschenke aus Brüssel – vor allem die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) zwischen Serbien und der EU sowie die in Aussicht gestellte Lockerung der Visa-

Regelungen in der heißen Phase des Wahlkampfes verliehen Tadić zusätzliche Glaubwürdigkeit.

Der Sieger stellte dann noch in der Wahlnacht die Eckpunkte für die Koalitionsverhandlungen vor: Zuerst erwähnte er die Verteidigung der territorialen Integrität Serbiens mit diplomatischen Mitteln. Damit war der überall im Land verbreitete Slogan „Das Kosovo ist Serbien“ gemeint. Weitere wichtige Punkte: rasche Annäherung an die EU, Verbesserung des Lebensstandards der BürgerInnen, hauptsächlich durch eine Ausweitung ausländischer Investitionen, Bekämpfung der wuchernden Korruption sowie Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag.

Die Sozialistische Partei, die gemeinsam mit der Rentnerpartei etwa acht Prozent bekam, entschied sich überraschend für Tadić. Durch diese Koalitionsentscheidung trug sie wesentlich dazu bei, dass Serbien auf EU-Kurs blieb. Jedoch ist sie die selbe Partei, deren chauvinistische Kriegstreiberei in den 1990ern eine Spur der Verwüstung im ehemaligen Jugoslawien hinterlassen hatte: Vukovar, Sarajevo, Srebrenica. Die unerwartete Königsmacherrolle dieser lange völlig marginalisierten Partei erhöhte den politischen und finanziellen Preis für ihre Koalitionsbereitschaft.

Als Gegenleistung für ihre Koalitionstreue versprach Tadić den Sozialisten eine Art Ablass für die Milošević-Sünden aus den blutigen 90ern in Form eines „Versöhnungsabkommens“. Eine schrittweise zu erobernde internationale Salonfähigkeit samt Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale war inoffiziell auch im Spiel.

Die Fakten über die Sozialistische Partei Serbiens (SRS) sprechen trotzdem eine klare Sprache. Sie ist weder links noch sozial, noch modernisiert. Ihr

Parteichef Ivica Dačić war Ende der 1980er ein glänzender Student der Politologie und der erste Vorsitzende der Jugendorganisation der Partei Miloševićs. 1992 stieg er zum Sprecher der Partei auf. Acht lange und durch Kriege und Krisen gekennzeichnete Jahre teilte er der serbischen und internationalen Öffentlichkeit regelmäßig den Willen des unumstrittenen Führers Slobodan Milošević mit. Dačićs scharfe Zunge machte aus ihm eines der meist gehassten öffentlichen Gesichter und Stimmen des Regimes.

Er ist – genauso wie sein in der Zelle des Haager Tribunals verstorbenes Vorbild Milošević – kein marxistischer Musterschüler, sondern ein praktischer Anhänger Macchiavellis. Clausewitz ist ihm näher als die gesamte Frankfurter Schule. Kurz gesagt: Er ist weder links noch rechts, sondern nach oben orientiert. Mit dem serbischen militanten Nationalismus in den Segeln fuhr er gemeinsam mit seinem Chef Serbien an die Wand. Diese populistische Ideologie, die eher einem chaotischen postmodernen Balkanfaschismus, als einem kommunistischen Projekt ähnelte, war für ihn, wie auch für Milošević (der ein großer Zyniker und Taktisierer ohne Strategie war), nur Mittel zum Zweck – nämlich zur Machterhaltung.

Die gute Nachricht: Wenn sogar Dačić die Frustration über den Verlust des Kosovo für politisch unnutz erachtete und dieses sinkende Schiff verließ, dann könnte auch dieses Projekt – die von rechts herbei gesehnte Erneuerung des Nationalismus – bald zu Ende sein.

Die politische Geschichte des Balkans ist um eine bizzare Tatsache reicher: Die Repräsentanten eines anti-europäischen und anti-zivilisatorischen Projekts werden jetzt, auch mancherorts im Westen, als Retter der pro-europäischen Mehrheit gesehen.

Natürlich ist es wichtig, dass man in Serbien eine Mehrheit jenseits der braun-schwarzen Koalition zwischen dem radikalen Nikolić und klero-nationalisten Koštunica gefunden hat. Es kann aber sein, dass die Regierungsbeteiligung der Sozialisten langfristig mehr kostet, als man vermutet.

Die neue Regierung wurde vom Parlament am 7. Juli 2008 nach achtwöchigem Koalitionspoker gebilligt. Der neue pro-europäische Ministerpräsident Mirko Cvetković kündigte an, dass seine Regierung die europäische Integration Serbiens beschleunigen werde. In vier Jahren werde Serbien vollständig bereit sein für einen EU-Beitritt. Die neue Regierung kann sich auf eine knappe Parlamentsmehrheit von 128 der insgesamt 250 Abgeordneten stützen.

Rein rechnerisch ist das eine äußerst knappe Mehrheit. Doch es könnte mittelfristig reichen, denn die Regierungsbeteiligung bedeutet in Serbien nicht nur eine kaum zu kontrollierende Machtausübung, sondern auch den Zugang zu überaus attraktiven Posten und Budgets sowie die Nähe zu den zahlungsfähigen Oligarchen. Jedes Aussteigen aus dem Koalitionsvertrag würde die Versperrung des Zugangs der vertragsbrüchigen Partei zu diesen Ressourcen bedeuten. Außerdem werden die 13 Abgeordneten der LDP keine Fundamentalopposition betreiben. Sie werden alle Regierungsmaßnahmen unterstützen, die Serbien näher an die EU bringen.

Abgesehen von der LDP, die eine konstruktive pro-europäische Haltung ankündigte, ist die neue Opposition durch die Bank nationalistisch. Anderthalb Jahre dauerte die Annäherung der klerikal-nationalen Gruppierung um Ministerpräsident Koštunica an die stärkste Partei im Lande – an die ultranationalistischen Radikalen. Koštunicas Gemeinsamkeiten mit seinem Koalitionspartner – mit Tadićs DS – schwanden kontinuierlich.

Serbien und das Haager Tribunal

Zwei Freisprüche in Den Haag wurden selbst in der kritischen Öffentlichkeit Serbiens als Fehlentscheidungen aufgenommen. Zuerst wurde im April 2008 der frühere Kosovo-Regierungschef und ehemalige UCK-Führer Ramush Haradinaj vom Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) freigesprochen. Der Internationale Strafgerichtshof hatte 2004 Anklage gegen ihn erhoben, als er Premierminister des Kosovo war. Haradinaj war wegen Kriegsverbrechen, Massenmorden, Vergewaltigungen, Folterungen und Vertreibungen der nichtalbanischen Bevölkerung im Jahre 1998 und 1999 angeklagt worden. Die Richter räumten bei der Urteilsverkündung ein, dass der Prozess in einer Atmosphäre der Unsicherheit stattgefunden habe. Viele Zeugen wollten nicht aussagen, darunter zwei Hauptzeugen. Von 100 Zeugen benötigten 34 einen besonderen Schutz. Ein Hauptzeuge kam bei einem Autounfall in Podgorica ums Leben.

Am 3. Juli 2008 folgte eine weitere umstrittene Entscheidung. Die Berufungskammer des Gerichts hob ein im Juni 2006 gefälltes Urteil auf - der als Kriegsverbrecher verurteilte ehemalige Kommandeur der muslimischen Polizeitruppen in Srebrenica, Naser Orić, wurde freigesprochen. In erster Instanz war Orić für die Ermordung und Misshandlung von Serben in muslimischen Gefängnissen durch ihm unterstellte Einheiten in den Jahren 1992 und 1993 verurteilt worden. Die Schuld des Angeklagten sei in erster Instanz nicht bewiesen worden, hieß es in der Begründung. Der zuständige deutsche Richter Schomburg stellte allerdings gleichzeitig „außer Zweifel“ fest, dass „schwere Verbrechen“ an Serben begangenen worden seien.

Die beiden Urteile spielten in die Hände der nationalistischen Kräfte in Serbien und in der

Republika Srpska, die im UN-Tribunal eine anti-serbische Institution sehen.

Auch deshalb war die Verhaftung des seit zwölf Jahren gesuchten mutmaßlichen Kriegsverbrechers, dem ehemaligen Präsidenten der Republika Srpska, Radovan Karadžić, am 21. Juli in Belgrad eine Überraschung. Karadžić ist jener bosnisch-serbisch nationalistische Politiker, der im bosnisch-herzegowinischen Parlament Anfang der neunziger Jahre den bosniakischen Muslimen offen mit ihrer Ausrottung gedroht hatte. Karadžić war damals Chef der Serbischen Demokratischen Partei (SDS) und Präsident der in Bosnien-Herzegowina durch Gewalt etablierten Republika Srpska. Er und sein General Mladić versuchten zwischen 1992 und 1995 durch Vertreibung der nicht serbischen Bevölkerung, durch gnadenlose Bombardierung der Städte und letztlich durch Völkermord, das unabhängig gewordene Bosnien-Herzegowina in ausschließlich serbischen „Lebensraum“ zu verwandeln. Nachdem er sich zwölf Jahre der internationalen Justiz entziehen konnte, war seine Verhaftung plötzlich möglich, weil der pro-europäische Präsident Tadić im Mai 2008 die parlamentarische Mehrheit, die Regierungsmacht und dadurch die Kontrolle über die Geheimdienste erlangte. Sie standen bis dahin unter der Ägide seines ehemaligen Koalitionspartners Koštunica, der bereits gegen die Auslieferung Milosevics war. Für die Stabilität der neuen Regierung nach der Verhaftung und Auslieferung Karadžić war die Zurückhaltung von Miloševićs Sozialisten entscheidend. Ihr ehemaliger Chef ist kaum zwei Jahre tot, da finden sie sich in der Koalitionsumarmung mit den ehemaligen Erzfeinden wieder - die Sozialisten regieren seit Juli 2008 mit der DS, die ihren Boss Milošević einst nach Den Haag geschickt hatte.

Soziale, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung

Die im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung 2007 durchgeführte Studie „Ökologisches Potenzial Serbiens“ stellt fest, dass das schwache grüne politische und NRO-Spektrum die Auswirkungen der institutionellen, ökonomischen und politischen Krise in Serbien zu spüren bekommt.

Seit 2000 gibt es auch im ökologischen Bereich positive Impulse. Im Rahmen der EU-Annäherung entstand eine Reihe neuer Gesetze, die aber im „luftleeren“ Raum ohne Implementierungsdruck von unten eher als formelle Attrappen dienen.

Dabei sind die ökologischen Krisenerscheinungen in Serbien deutlich wahrnehmbar: Eine permanente Verunreinigung des Wassers, des Bodens und der Luft. Es gibt kaum Monitoring in diesem Bereich, der Informationsfluss in der Öffentlichkeit ist spärlich, die Aufklärung sporadisch und unsystematisch, die Teilhabe der BürgerInnen niedrig. In Serbien gibt es insgesamt 13 grüne Parteien. Dabei sind die in den vergangenen zehn Jahren wiederholt unternommenen Versuche, die Kooperation der grünen Gruppierungen in Serbien zu organisieren, allesamt fehlgeschlagen. Fast alle grünen Parteien sind immer noch eine Art Zwitter zwischen lokalen politischen Bewegungen und NRO. Die grüne Zivilgesellschaft versammelt viele kompetente Menschen aus diesem Bereich und hat mehr Mitglieder als die grünen Parteien. Die grünen NRO sind aber chronisch unterfinanziert, nicht genug politisiert und ihre Mobilisierungsfähigkeit ist relativ gering.

Makroökonomisch ist Serbien stabil. Das durchschnittliche Nettoeinkommen betrug im Sommer 2008 rund 430 Euro monatlich. Die Inflation stieg im Jahr 2006 allerdings von 6,6 Prozent auf 10,1 Prozent im Jahr 2007. Das BIP-Wachstum stieg von 5,8 Prozent im Jahr 2006 auf 7,5 Prozent im Jahr 2007, seit

mehreren Jahren das beste Ergebnis. Die neue Regierung steht vor der doppelten Herausforderung ein verbessertes Investitionsklima zu schaffen und zugleich die versprochene sozialere Politik umzusetzen. Im Mai 2008 konnte mit Fiat die Investition von 700 Millionen Euro in die marode Autoschmiede Zastava in Kragujevac vereinbart werden. Um die Verkaufschancen für Industrieprodukte auf westlichen Märkten zu realisieren, ist massiver Import von ausländischem Know how und Kapital erforderlich. Im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses mit der EU werden weitere Liberalisierungsschritte folgen. Die Regierung ist dabei, die großen Staatsunternehmen einer beschleunigten Restrukturierung zu unterziehen, um sie anschließend schneller privatisieren zu können. Deutschland ist auf der Rangliste der wichtigsten serbischen Wirtschaftspartner auf Platz 2, hinter Russland und vor Italien.

Das serbische Handelsbilanzdefizit stieg im Jahr 2007 im Vergleich zum Vorjahr (6,7 Milliarden US-Dollar) auf 9,5 Milliarden US –Dollar. Die Privatisierung der staatlichen Betriebe soll bis Ende 2008 abgeschlossen sein.

Kosovo

Von den Wahlen zur Unabhängigkeitserklärung

Kurz vor dem Ende der Gespräche über die politische Zukunft des Kosovos wurden am 17. November 2007 Parlamentswahlen abgehalten. Die oppositionelle Demokratische Partei (PDK) des früheren UCK-Chefs Hashim Thaci kam auf rund 34 Prozent. Der Abstand zur zweitplatzierten Partei des auch nach seinem Tod noch immer populären Kosovo-Präsidenten Ibrahim Rugova, war deutlich. Die bis dahin regierende Demokratische Liga (LDK), dessen erster Mann Präsident Fatmir Sejdiu ist, erlangte nur 22 Prozent. Da aber beide Parteien die absolute Mehrheit

verfehlten, kam eine große Koalition zustande. Doch bei der neuen Regierung handelte sich eher um ein Zweckbündnis mit dem Ziel einer raschen Unabhängigkeit als um eine politische Liebesheirat.

Die Wahlbeteiligung sank nach offiziellen Angaben auf ein Rekordtief, deutlich weniger als die Hälfte der rund 1,5 Millionen Stimmberechtigten ging wählen. Die serbische Minderheit, der etwa zehn Prozent der im Kosovo lebenden Menschen angehören, hatte die Abstimmung boykottiert. Obwohl die Unabhängigkeitsbestrebungen der Kosovo-Albaner alle anderen Themen in den Hintergrund drängten, war die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Land sehr groß. Viele Politiker gelten als korrupt.

Kosovo erklärt Unabhängigkeit

„Das Kosovo ist eine Republik - ein unabhängiger, demokratischer und freier Staat“, erklärte der kosovarische Parlamentspräsident Jakup Krasniqi bei einer feierlichen Sitzung des Parlaments am 17. Februar 2008. Ministerpräsident Hashim Thaçi versprach die Umsetzung des Ahtisaari-Plans und hieß die am 15. Februar 2008 in Brüssel beschlossene EU-Mission (EULEX) willkommen. Washington, London, Paris und Berlin beschlossen die Anerkennung des siebten aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangenen Staates. Der diplomatische Widerstand Belgrads und die Blockadehaltung Moskaus auf UN-Ebene setzten sich fort.

Die Herrschaft Belgrads auf dem Kosovo wurde nach den Luftschlägen der NATO im Jahre 1999 de facto beendet. Das Sagen hatten seitdem die NATO und die UN-Mission. Die Bilanz des achtjährigen internationalen Protektorats ist alles andere als rosig. Im Jahr 2004 entlud sich die albanische Unzufriedenheit an der schlecht geschützten serbischen Minderheit: Menschen wurden getötet, Kirchen angezündet. Die internationale Schutzmacht hatte

versagt. Was die Probleme des Kosovo betrifft, war das aber nur die sichtbare Spitze des Eisbergs. So nahm die wirtschaftliche Misere dramatische Ausmaße an – die jüngste Bevölkerung Europas sah sich der größten Arbeitslosigkeit auf dem Kontinent ausgesetzt. UN-Schätzungen besagen, dass sich auf dem Kosovo an die hunderttausend illegale Schusswaffen in Privatbesitz befinden. Die Schlussfolgerung der desillusionierten Protektoren: Die angestrebten Demokratiestandards mussten erst einmal warten, die Lösung der Statusfrage erhielt Vorrang. Mehr als drei Jahre und einige erfolglose serbisch-albanische Verhandlungsrunden später kam die durch den Westen unterstützte Unabhängigkeitserklärung. Die Europäer, die als Bewacher dieser Unabhängigkeit die größte Mission der EU-Geschichte ins Kosovo schicken wollen, übernehmen eine große Verantwortung. Die Erwartungen sind groß, sie können nur durch schnelle wirtschaftliche Erholung und Demokratisierung des Kosovo erfüllt werden. Wahrscheinlicher ist aber eher eine langsame Vorwärtsbewegung.

Unruhen im Norden des Kosovo

Seit der Unabhängigkeitserklärung nehmen die Spannungen im serbisch dominierten Norden des Kosovo zu. Am 17. März 2008 kam es zu schweren Ausschreitungen, fast 150 Menschen wurden verletzt. Polizeiverbände der UN-Kosovo-Verwaltung (Unmik) und Soldaten der internationalen Schutztruppe Kfor hatten das Kreisgericht in der geteilten Stadt Kosovska Mitrovica im Norden des Kosovo gestürmt. Seit dem 21. Februar hatten ehemalige serbische Justizbeamte und Angestellte vor dem Gerichtsgebäude protestiert und es zuletzt zwei Tage lang besetzt gehalten. Sie verlangten ihre Wiedereinstellung. 1999 hatten sie ihre Arbeitsplätze nach Ankunft der UN-Truppen verloren. Bei der Polizeiaktion der aus polnischen und ukrainischen Verbänden bestehenden UN-Polizei kam es in und

vor dem Gerichtsgebäude zu Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten. Ein ukrainischer Polizist erlag seinen Verletzungen. Unter den Verletzten befanden sich 63 internationale Polizisten der Unmik sowie 22 französische Kfor-Soldaten und zahlreiche Demonstranten.

Während die serbische Seite die Unmik beschuldigte, auf die Demonstranten geschossen zu haben, teilte die UN-Verwaltung mit, dass die Demonstranten das Feuer auf die Polizisten eröffnet hätten. Kosovo-albanische Politiker wiesen Belgrad die Schuld zu. Von dort wiederum wurden scharfe Beschuldigungen an die Adresse der UN-Verwaltung gerichtet. Der Außenminister Serbiens, Vuk Jeremić, reichte offiziell eine Protestnote beim UN-Generalsekretär Ban Ki-moon ein.

Neue Verfassung tritt in Kraft

Im Juni 2008, vier Monate nach der Unabhängigkeitserklärung trat die Verfassung des unabhängigen Kosovo in Kraft. Damit sollte eigentlich die Präsenz der UN-Übergangsverwaltung Unmik aufhören. Der Verfassungstext stützt sich auf den Plan des UN-Sondergesandten für das Kosovo, Martti Ahtisaari. Der frühere finnische Präsident hatte im Februar 2007 die überwachte Unabhängigkeit für das Kosovo vorgeschlagen und dabei vor allem den Kosovo-Serben zahlreiche Sonderrechte zugesichert. Der Plan scheiterte aber im UN-Sicherheitsrat am Widerstand Russlands. Das kosovarische Parlament hat nun auf Wunsch der USA und der EU den Ahtisaari-Plan in die neue Verfassung integriert. Damit stimmte es auch der Überwachung durch einen Internationalen Zivilvertreter (ICR) zu. Der Niederländer Pieter Feith kann als Chef dieses Gremiums und gleichzeitig als der EU-Sondergesandter Gesetze ändern oder Amtsträger entlassen, sofern er Verstöße gegen die Regeln des Ahtisaari-Plans feststellt.

Die internationale zivile Präsenz im Kosovo wird durch die EU-Rechtsstaats-Mission Eulex verstärkt. Ihr erster Chef ist der Franzose Yves de Kermabon. Mit 1.900 Richtern, Staatsanwälten, Polizisten und Zollbeamten soll die Eulex auf Einladung der kosovarischen Regierung das Justizsystem im Land überwachen und gegen organisierte Kriminalität und Korruption vorgehen. Dazu ist sie mit weit reichenden Vollmachten ausgestattet, kann die kosovarischen Gerichte jederzeit von Fällen entbinden oder Beamte und Angestellte im Justizapparat entlassen. Die kosovarische Justiz gilt als korrupt und in vielen Fällen mit der organisierten Kriminalität verbunden. Serbien und die Kosovo-Serben bezeichnen die Eulex jedoch als illegal und boykottieren sie. Russland hält an der Weiterführung der Unmik fest und bezeichnet jegliche Übertragung der Kompetenzen von der Unmik auf die Eulex als einen Bruch des internationalen Rechts. Eine weitere Zementierung der de facto-Teilung Kosovos ist dadurch nicht ausgeschlossen.

Die Unmik verringerte ihre Präsenz, blieb jedoch im Kosovo. Joachim Rückers Mandat als Unmik-Chef ging im Sommer 2008 zu Ende. Sein Nachfolger als Vertreter des Generalsekretärs der UN ist der italienische Diplomat Lamberto Zannier. Die Internationale Gemeinschaft wird nicht nur mit der Blockadehaltung der serbischen Minderheit und Belgrads rechnen müssen, sondern auch mit einer stillschweigenden informellen Obstruktion der Einführung europäischer Standards. Kaum jemand spricht offen darüber, wie weit die kriminellen Netzwerke in die Politik hineinreichen. Kein Geheimnis ist es, dass Premier Hashim Thaci und Ex-Premier Hamush Haradinaj die Chefs zweier von fünf Familienclans sind, die das Kosovo unter sich aufgeteilt haben.

Diese „Netzwerke“ hätten kein Interesse an funktionierenden staatlichen Strukturen, was aber Voraussetzung für ausländische Investoren und eine Annäherung an die EU ist.

Soziale und wirtschaftliche Entwicklung

Nur rund 50 Prozent der erwerbsfähigen Menschen im Kosovo stehen in einem Arbeitsverhältnis. Der Rest arbeitet entweder schwarz oder ist arbeitslos. Jedes Jahr drängen rund 30.000 junge Menschen auf den Arbeitsmarkt und damit fünf Mal so viele wie die Wirtschaft eigentlich verkraften kann. Die Regierung in Pristina fordert deshalb einen Zugang zum EU-Arbeitsmarkt, etwa über Austauschprogramme in bestimmten Branchen.

Rund 45 Prozent der zwei Millionen Menschen im Kosovo leben unterhalb der Armutsgrenze und müssen mit 1,50 Euro am Tag auskommen. Die Löhne liegen bei durchschnittlich 220 Euro im Monat. Die meisten Haushalte bekommen finanzielle Unterstützung von mindestens einem Familienmitglied, das im Ausland arbeitet.

Das Straßen- und Schienennetz im Kosovo ist nicht besonders entwickelt. Für den Ausbau von Autobahnen plant die Regierung internationale Ausschreibungen. Wasser- und Stromleitungen gelten nach wie vor als unzuverlässig. Ein geplantes, mit Braunkohle betriebenes Kraftwerk soll die Stromversorgung des Kosovos sichern und die Provinz bis 2015 sogar zum Exporteur machen. Eine reibungslose Wasserversorgung setzt eine Verständigung mit der serbischen Minderheit im Norden des Kosovos voraus, wo die Hauptquellen liegen. Nach Beginn der UN-Verwaltung 1999 wurden zahlreiche dubiose Privathochschulen gegründet, deren Absolventen teilweise erhebliche Wissenslücken aufweisen.

Die aus dem Krieg hervorgegangene organisierte Kriminalität kombiniert mit der albanischen Tradition einer engen Familienbande hat ein undurchsichtiges Netz von Verbindungen im Kosovo entstehen lassen, das die gesamte Gesellschaft durchsetzt. Zwar wurde der EU-Standard der Gesetzgebung weitgehend übernommen, die Umsetzung ist aber sehr lückenhaft. Medien berichten regelmäßig über Korruptionsfälle, die auch vor der UN-Verwaltung nicht halt machen. Eine Aufklärung dieser Fälle gibt es wegen der Immunität von Diplomaten nicht, weshalb viele Albaner ihr Vertrauen in das System verloren haben.

Das Vertrauen der Investoren und die Wettbewerbsfähigkeit des Kosovo werden am meisten vom kaum ausgeprägten Rechtssystem geschwächt. Das Kosovo soll anteilig die Schulden aus der Zeit des gemeinsamen Staates mit Serbien erben, was jährlich etwa drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts binden wird.

Montenegro

Montenegros Fortschritte auf dem Weg der Annäherung an die EU scheinen den Befürwortern der Unabhängigkeit Recht zu geben: Ohne Serbien geht es schneller nach Europa. Dieser Prozess ist jedoch keine Zauberformel zur Überwindung der tiefen Kluft in der montenegrinischen Gesellschaft. Die Distanz zwischen der montenegrinischen Mehrheit und der serbischen Minderheit wächst. Dabei hat ausgerechnet das kleine Montenegro die größte Chance, die erste durch die Verfassung gesicherte, nicht ethnisch definierte, republikanische Gemeinschaft auf dem westlichen Balkan zu werden. Dieser Entwicklung im Wege stehen die Clanstruktur im Machtapparat sowie der bereits fortschreitende wirtschaftliche Ausverkauf des Landes.

Djukanovićs Comeback

Ende Februar 2008 wurde Milo Đukanović (Demokratische Partei der Sozialisten, DPS) nach einer knapp anderthalbjährigen selbst gewählten Politikabstinenz zum vierten Mal zum Ministerpräsidenten Montenegros gewählt. Anfang des Jahres musste sich sein damaliger Nachfolger Željko Šturanović aus Gesundheitsgründen zurückziehen.

Im vergangenen Jahr, beim ersten montenegrinischen Bericht zum Vermögensstatus der Abgeordneten, meldete Đukanović knapp 1,5 Millionen Euro Vermögen, drei Firmen und eine Universität an. Die Opposition behauptet, dass das nur ein Bruchteil des tatsächlichen Reichtums des Familienclans sei. Ob das Startkapital Đukanovićs aus Zigaretten- und Ölschmuggel stammt, wie die Kritiker und die italienische Justiz vermuten, oder er - wie er selbst behauptet - von einer nicht näher bekannten britischen Bank einen Kredit bekommen habe, sei dahingestellt. Ohne Đukanović funktioniert in Montenegro nichts.

Đukanović versucht den Erfolg seiner Politik durch Fortschrittssymbole sichtbar zu machen. Deshalb sollen ein Wasserkraftwerk an der Grenze zu Bosnien-Herzegowina und eine Süd-Nord-Autobahn über die serbische Grenze gebaut werden.

Die Reformpartei „Bewegung für Veränderungen“ (PzP) etablierte sich zwischen der regierenden Demokratischen Partei der Sozialisten und dem „serbischen Block“ als dritte Kraft. Die PzP profitierte von der Unzufriedenheit vieler BürgerInnen wegen Korruption und Vetternwirtschaft. Die aus einer NRO hervor gegangene Partei thematisierte die kaum beachteten ökologischen Nebenwirkungen der schnellen Privatisierung sowie das Korruptionsproblem. Bis jetzt kann sie aber die Dominanz der Đukanović-Partei nicht in Frage stellen.

Sieg des Đukanović-Getreuen bei den Präsidentschaftswahlen

Bei den Präsidentschaftswahlen in Montenegro (am 6. April 2008) wurde Filip Vujanović, ein Getreuer des Ministerpräsidenten Đukanović, im Amt bestätigt. Der Wahlsieg zementierte die Übermacht der DPS. Von den 490.000 Wahlberechtigten hatten über 67 Prozent ihre Stimme abgegeben. Die Beteiligung lag damit 20 Prozent über dem Wert von 2003, als Vujanović erstmals gewählt wurde. Der Vorsitzende der stärksten Oppositionspartei, der „Bewegung für Veränderung“ (PZP), Nebojša Medojević hatte entgegen den guten Prognosen nur 17 Prozent der Stimmen erreicht und fiel sogar hinter den pro-serbischen Kandidaten Andrija Mandić (19 Prozent) zurück. Medojević sagte, dass die BürgerInnen dafür gestimmt hätten, dass alles so bliebe wie es sei. Die Vorwürfe der Oppositionsparteien an die DPS in Montenegro, einen „Privatstaat von wenigen korrupten Familien“ gegründet zu haben, seien bei den Wählern nicht angekommen.

Wirtschaftliche und soziale Entwicklung

In Montenegro leben 40 Prozent der 650.000 Einwohner an der Armutsgrenze oder darunter. Das Gefälle zwischen Arm und Reich ist sehr groß. Gehälter und Löhne der abhängig Beschäftigten betragen im Durchschnitt zirka 400 Euro pro Monat. Inzwischen steigen vor allem die Gehälter in der privaten Wirtschaft.

Rund 80 Prozent der einstigen öffentlichen Firmen befinden sich schon in privater Hand. Der größte Investor ist einer der reichsten Männer Russlands, der Stahlunternehmer Oleg Deripaska. Der Tourismus soll den Schwerpunkt der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung des Landes bilden. Montenegro versucht die obere Kategorie in der Hotellerie stärker auszubauen.

Zum Verkauf stehen auch die Immobilien der Armee und Teile der Adriaküste, an der vor allem russische Investoren – unter anderem Roman Abramowitsch – Hotels und Villen bauen.

Bosnien-Herzegowina

Aus Bosnien-Herzegowina kamen im vergangenen Jahr im Hinblick auf die politische Entwicklung hochgradig widersprüchliche Signale. Einerseits erreichten die nationalistischen Auseinandersetzungen zwischen den ethno-politischen Parteien ein seit Jahren nicht gekanntes Ausmaß, vor allem zwischen den bosniakischen Parteien und der Regierung der Republika Srpska (RS) unter Premier Milorad Dodik; und im Herbst 2007 führte ein bescheidener Reformversuch des Hohen Repräsentanten der IG in BuH Miroslav Lajcak zur schwersten politischen Krise seit Kriegsende. Andererseits endete diese Krise mit der seit mehreren Jahren blockierten Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) mit der EU. So hat Bosnien-Herzegowina in den zurückliegenden Monaten den bisher bedeutendsten Schritt in Richtung EU getan. Zugleich ist der bosnisch-herzegowinische Staat mit seiner in der Daytoner Verfassung verankerten, disfunktionalen institutionellen Struktur blockiert wie seit Jahren nicht. Ersten weil in der RS der Sozialdemokrat Dodik faktisch ohne ernst zu nehmenden Gegenspieler herrscht. Er verhindert jegliche weitere Verlagerung von Kompetenzen auf die gesamtstaatliche Ebene und versucht sogar durch die IG auf zentraler Ebene eingerichtete Kompetenzen zu unterwandern. Zweitens legte der Konflikt zwischen den bosniakischen und kroatischen Regierungsparteien die Institutionen in der bosniakisch-kroatischen Föderation faktisch lahm.

EU Integrationsprozess und Internationale Gemeinschaft

In Bosnien-Herzegowina sind immer noch nationalistische Auseinandersetzungen zwischen den ethnisch definierten Parteien an der Tagesordnung. Trotzdem unterzeichneten die Vertreter Bosnien-Herzegowinas am 16. Juni 2008 in Luxemburg das bis dahin von den reformunwilligen Parteiführern, allen voran Milorad Dodik, blockierte Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) mit der Europäischen Union.

Die EU ließ vorher fast alle zentralen Forderungen für die Unterzeichnung des SAA-Abkommens fallen. Das Inkrafttreten des Polizeireformgesetzes wurde in den Parteienverhandlungen mit einer zukünftigen Reform der Daytoner Staatsverfassung verknüpft. Es bleibt völlig unklar, ob diese Reform in absehbarer Zeit zustande kommen wird.

In der Regel führt die Unterzeichnung des SAA zu höheren ausländischen Investitionen und zur Belebung der Marktwirtschaft. Darüber hinaus hat der Zugang zu einer Vielzahl von EU-Fonds eine positive Wirkung auf fast alle gesellschaftlichen Bereiche. Die für die nächsten sechs Jahren vorgesehene Anpassung der bosnisch-herzegowinischen Gesetzgebung an die Normen der EU – es geht dabei um immerhin etwa 1.200 Gesetze – ist einer der wichtigsten Teile des Abkommens.

Die NRO „Zentren der zivilen Initiativen“ führt ein ständiges Monitoring der Arbeit der Regierungen auf allen Ebenen in Bosnien-Herzegowina durch. Die Resultate, die sie veröffentlicht zeugen von der Ineffizienz der gewählten Volksvertreter: Das Parlament Bosnien-Herzegowinas verabschiedete 13 Prozent der 135 für 2007 geplanten Gesetze. Das Parlament der Föderation verabschiedete im gleichen Zeitraum von 121 geplanten Gesetzen gerade nur ein

einziges. Und die Volksversammlung der Republika Srpska brachte es von 137 geplanten Verabschiedungen auf nur 18 Gesetze. Im Jahr 2007 realisierte der Ministerrat Bosnien-Herzegowinas von 112 geplanten gesetzgebenden Aktivitäten nur 28. Für die ersten vier Monate 2008 wurden 12 Aktivitäten von 102 geplanten realisiert. Da stellt sich die berechnete Frage, ob diese Regierungen in der Lage sein werden, Bosnien-Herzegowina an die EU anzunähern und den Anforderungen des Integrationsprozesses gerecht zu werden. Die unzureichenden Ergebnisse, die regelmäßig veröffentlicht werden, führten bisher zu keinen Konsequenzen.

Im Berichtszeitraum wurden zwei Sitzungen des Friedensimplementierungsrates abgehalten (Februar und Juni 2008). Bei der letzten Sitzung, die kurz nach der Unterzeichnung des SAA, die Ende Juni 2008 in Sarajevo stattfand, wurden die wesentlichen Beschlüsse der Februarsitzung bestätigt: Die Schließung des OHR bleibt weiterhin ein Ziel der IG, dennoch wird weiterhin kein konkretes Schließungsdatum genannt. Als Bedingungen für ein erfolgreicher Übergang vom OHR in ein EU-Sonderbüro werden die folgenden Ziele genannt: die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit sowie die Stärkung der staatlichen Institutionen. Die Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal für Kriegsverbrechen muss weiterhin gewährleistet sein. Die Verfassung von Bosnien-Herzegowina muss reformiert werden mit dem Ziel den Staat effektiv und dadurch auch EU-tauglicher zu machen.

Menschenrechte, Vergangenheitsbewältigung und Rechtsstaat

Der Staatsgerichtshof, der vor vier Jahren seine Arbeit aufgenommen hat, bekommt immer mehr Fälle vom Haager Kriegsverbrechertribunal übertragen. Es gibt im Lande immer noch die vier strafrechtlichen Systeme (Staatsebene, Föderation Bosnien und

Herzegowina, Republika Srpska und Brčko Distrikt). Darüber hinaus bringt das Fehlen einer Justizvollzugseinrichtung auf Staatsebene enorme Probleme mit sich. Viele der vom Gericht Bosnien-Herzegowina verurteilten Kriegsverbrecher verbüßen ihre Strafe in dafür ungeeigneten Justizvollzugseinrichtungen der Entitäten – einigen der Sträflinge gelang sogar die Flucht. Dieses setzt natürlich schlechte Zeichen für die Opfer von Kriegsverbrechen und leistet keinen Beitrag zum Aufbau von Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit des Landes.

Die ethnische Trennung in den Schulen in Bosnien-Herzegowina ist immer noch Realität. Alleine in der Föderation Bosnien-Herzegowinas gibt es immer noch 52 Schulen in denen in einem Schulgebäude der Unterrichtsstoff, die Schüler, die Lehrer und die Schulprogramme auf ethnischer Basis voneinander getrennt sind (so genannte „Zwei Schulen unter einem Dach“). Der Unterricht basiert auf dem kroatischen Curriculum für die bosnisch-kroatischen Schüler und auf dem bosnischen Curriculum für die bosniakischen Schüler, obwohl das Schulgesetz der Föderation einen einheitlichen Grundrahmen für den Unterricht vorsieht. Dieses Schulsystem existiert seit Ende der 1990er Jahren als Übergangslösung auf Empfehlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE). Diese Praxis zeigt, dass solch ein Schulsystem zur weiteren Spaltungen der Gesellschaft beiträgt, statt zu Toleranz und gewaltfreien Konfliktlösungen.

Die Mehrheit der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Bosnien-Herzegowina ist noch immer nicht im Stande einen starken Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse auszuüben. Es gibt dennoch Versuche, durch synergetisches Handeln einiger NRO zu besseren Ergebnisse zu kommen. So schlossen sich 15 NRO zur Koalition „Odgovornost“ (Verantwortung) zusammen. Ihre Ziele: Mehr Verant-

wortung und Transparenz in den politischen Entscheidungsprozessen, Einbeziehung der Zivilgesellschaft in diese Prozesse, vor allem im Hinblick auf den EU-Integrationsprozess sowie die Verabschiedung eines gesetzlichen Rahmens auf allen Machtebenen, der den NRO und BürgerInnen des Landes das Mitwirken bei den parlamentarischen Arbeitssitzungen ermöglichen soll. Einige dieser Organisationen wirkten schon bei der Ausarbeitung der Gesetzesentwürfe auf gesamtstaatlicher Ebene mit (beispielsweise bei der Vorbereitung des Anti-Korruptionsgesetzes und des Anti-Diskriminierungsgesetzes), die aufgrund der langwierigen parlamentarischen Prozeduren in der Parlamentarischen Versammlung Bosnien-Herzegowinas noch nicht verabschiedet wurden.

Die Unzufriedenheit der BürgerInnen mit der Sicherheitslage äußerte sich Anfang des Jahres 2008 in den Protesten, die Februar bis Mai allwöchentlich im Stadtzentrum von Sarajevo stattfanden. Der Auslöser der Proteste war die Ermordung eines 17-jährigen Schülers in einer vollbesetzten Straßenbahn in Sarajevo. Dieser Mord, als auch noch zwei andere in kurzer Zeitspanne in Sarajevo, wurde von jugendlichen Wiederholungstätern begangen. Diese Proteste, deren Ziel der Rücktritt der Bürgermeisterin von Sarajevo und des Ministerpräsidenten des Kantons Sarajevo war, blieben ohne Erfolg.

Die Medienfreiheit in Bosnien-Herzegowina verschlechterte sich in den letzten Monaten dramatisch, die Unabhängigkeit der Regulationsagentur für Kommunikation wurde in Frage gestellt. Die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems unterlag erneut ethno-politischen Machtspielen.

Gleichstellung der Geschlechter

Der Frauenanteil wesentlichen politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen ist immer

noch gering. In den staatlichen Institutionen, bei der Polizei und dem Militär, gibt es keine Frauen auf wichtigen Posten. Mobbing am Arbeitsplatz, sexuelle Belästigung, ungleiche Gehälter für gleiche Leistungen stellen alltägliche Formen der Frauendiskriminierung im Arbeitsleben dar. Alarmierend ist, dass 60 Prozent der Frauen in Bosnien-Herzegowina keine Krankenversicherung haben, wobei die Lage der Roma-Frauen am schlechtesten ist – von ihnen sind 90 Prozent ohne Kranken- oder Sozialversicherung und ohne Arbeit. Laut aktuellem Bericht des Helsinki Komitees für Menschenrechte in Bosnien-Herzegowina stellen Menschenhandel sowie Gewalt in der Familie ein immer größeres Problem dar. Opfer sind immer öfter minderjährige Mädchen. Wenn es um häusliche Gewalt geht, wird diese Straftat vermehrt nicht angezeigt. Das Helsinki Bürgerparlament aus Banja Luka hat 2007 eine Studie über die Anwendung des Gesetzes zur Gleichberechtigung der Geschlechter und die Anwendungspraxis an den Gerichtshöfen in Bosnien-Herzegowina veröffentlicht. Das Gesetz trat 2003 in Kraft und bis heute gab es nur zwei Urteilsprüche, die sich in ihrer Urteilsverkündung auf dieses Gesetz bezogen.

Wirtschaftslage und nachhaltige Entwicklung

Laut der bosnisch-herzegowinischen Agentur für Statistik betrug die Inflationsrate im Lande im April dieses Jahres 7,5 Prozent, Tendenz steigend. Ein enormes Handelsdefizit von vier Milliarden Euro wurde durch den explosionsartigen Anstieg der Rohöl- und Lebensmittelpreise begünstigt.

Anfang 2008 waren 510.000 Arbeitslose gemeldet, darunter 249.000 Frauen. Die offizielle Arbeitslosenquote beträgt momentan rund 40 Prozent und verzeichnet einen leichten Abstieg im Vergleich zum vergangenen Berichtszeitraum, bleibt aber weiterhin ein großes makro-ökonomisches Problem. Das

durchschnittliche Nettogehalt Anfang 2008 ist im Vergleich zum Vorjahr um nominal 16,2 Prozent gestiegen (371,20 Euro Netto). Bosnien-Herzegowina hat immer noch nicht die Industrieproduktion vor dem Krieg erreicht. Die instabile politische Lage, ein ineffizientes Staats-, Rechts- und Verwaltungssystem und Korruption sind die sichtbarsten Stolpersteine für potentielle Investitionen.

Nach Angaben von Transparency International (26.09.2007) befindet sich Bosnien-Herzegowina auf Platz 84 des Korruptionswahrnehmungsindex 2007 (Corruption perception index – CPI Score).

Kroatien

Fortsetzung der EU-Annäherung

Bis zur EU-Mitgliedschaft, die für das Jahr 2011 vorgesehen ist, muss Kroatien seine Reformen in verschiedenen Bereichen (Justiz, öffentliches Beschaffungswesen, Kampf gegen Korruption) intensivieren. Die BürgerInnen Kroatiens haben laut des letzten Eurobarometers vom Juni 2008 mehr Vertrauen in europäische Institutionen als in die eigenen. Besorgniserregend ist jedoch die Tatsache, dass nur ein Drittel der kroatischen Bevölkerung einem EU-Beitritt positiv gegenüber steht, während 70 Prozent der BürgerInnen entweder gleichgültig oder anti-europäisch eingestellt ist.

Ministerpräsident Ivo Sanader (Kroatische Demokratische Gemeinschaft, HDZ) wurde nach den Parlamentswahlen im November 2007 in seinem Amt bestätigt. Diesmal hat er jedoch neue Koalitionspartner (HSS, HSLS, SDSS und VertreterInnen der Minderheitenlisten).

Die Wahlen zeigten erneut den breiten Konsens der Politelite bezüglich der Unterstützung des EU- und

NATO-Beitritts. Europa war kaum Wahlkampfthema. Die weitere Europäisierung des Landes ist doch nicht mehr mit ihrer Demokratisierung gleichzusetzen, denn der gesamte EU-Integrationsprozess findet primär in der Sphäre der politischen und wirtschaftlichen Elite statt. Die Öffentlichkeit bleibt dabei auch weiterhin von dem gesamten Prozess ausgeschlossen; oft wird ihr dabei nicht nur die Möglichkeit einer Teilnahme verwehrt, sondern auch der Zugang zu genauen und zuverlässigen Informationen.

Im institutionellen, rechtlichen und wirtschaftlichen Sinne hat Kroatien bereits einen Großteil der Transformationsaufgaben bewältigt. Die letzte Aufgabe, die Emanzipierung der Gesellschaft von der Regierung und die Vollendung der gesellschaftlichen Transformation, wird seine Zeit dauern.

Die Verhandlungen für die EU-Mitgliedschaft Kroatiens waren im letzten Jahr ein ständiges Auf und Ab: Von der Verzögerung Ende 2007 wegen der Parlamentswahlen und der einseitig ausgerufenen Ökofischerei-Schutzzone (ZERP) an der Adria (und damit auch das Einfrieren bestimmter Fonds für Kroatien) bis hin zur erneuten Intensivierung und Eröffnung vieler neuer Kapitel im Frühjahr 2008. Durch das irische NEIN Anfang Juni zum Lissabonner Vertrag werden die EU-Beitrittsverhandlungen mit einer „neuen Denkpause“ der EU zeitweilig verzögert.

Kroatien ist es bis Mitte 2008 gelungen, 20 Kapitel von insgesamt 33 zu öffnen. Die Schließung aller Kapitel wird für frühestens Anfang 2010 erwartet, und zwar dann, wenn Kroatien glaubwürdige Beweise für wichtige Reformen im Bereich Korruptionsbekämpfung, Professionalisierung und Unabhängigkeit der Justiz, Transparenz des öffentlichen Beschaffungswesens usw. vorweisen kann. In diesem Zeitraum ist es notwendig, zumindest noch etwa 50

Kriterien (Benchmarks) in verschiedenen Bereichen zu erfüllen. Es ist ambitioniert vorgesehen, dass das kroatische Parlament 120 neue Gesetze im Laufe des Jahres 2008 verabschiedet wird, die mit den Rechtsnormen der EU abgestimmt sind.

Auch wenn Kroatien auf normativer Ebene seine Aufgaben fast vorbildlich meistert, dient der EU-Integrationsprozess der herrschenden Politelite eigentlich als eine solide normative Fassade für die Verdeckung vieler Korruptionsaffären und Unregelmäßigkeiten.

Ermutigt durch einige Anläufe im Jahr 2007 erhielt Kroatien Anfang April 2008 (nach dem NATO-Gipfel in Bukarest) die offizielle Einladung zum Beitritt in das NATO-Bündnis, die einige Tage später auch US-Präsident George W. Bush bei seinem Amtsbesuch in Zagreb bestätigte. Die Mitgliedschaft in der NATO wird von allen politischen Kräften als strategisches Interesse Kroatiens dargestellt und nur einem Teil der zivilgesellschaftlichen Organisationen ist es gelungen, einen kritischen und alternativen Diskurs zu diesem Thema zu entwickeln. So schuf ein Teil der Zivilgesellschaft mit Unterstützung außerparlamentarischer Parteien im Frühjahr 2008 eine Plattform für einen Volksentscheid über den NATO-Beitritt Kroatiens. Von den benötigten 450.000 Stimmen erhielt sie zwar nicht einmal ein Drittel, aber im Kontext der völligen Marginalisierung jeden kritischen Diskurses ist das Resultat nicht zu verachten.

Den NATO-Beitritt Kroatiens kann man bereits in etwa einem Jahr erwarten. Die Unterstützung einer NATO-Mitgliedschaft war Mitte 2007 noch sehr schwach (rund. 30 Prozent), stieg aber unmittelbar vor der Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo und der steigenden Radikalisierung der politischen Szene im benachbarten Serbien um ein Vielfaches. Die Verpflichtungen Kroatiens und ihrer Bevölkerung

gegenüber der NATO werden der Öffentlichkeit jedoch nicht transparent gemacht.

Als dritter außenpolitischer Erfolg wird die Mitgliedschaft Kroatiens im UN-Sicherheitsrat im Zeitraum 2007 bis 2008 dargestellt.

Innenpolitik – zwischen Parlaments- und Lokalwahlen

Die Parteienlandschaft hat sich im letzten Jahr nicht wesentlich verändert. Die oppositionelle SDP, die zweite Partei in Kroatien während der Parlamentswahlen Ende 2007, verlor nur knapp gegen die HDZ, die sich in einem erfolgreichen politischen Handel die Stimmen der Kroatischen Bauernpartei, der Kroatischen sozial-liberalen Partei und anderer Minderheitengruppierungen sichern konnte. Der HDZ gelang es nach drei Wochen Koalitionsgesprächen mit unklarem Ausgang, ihr zweites Mandat zu sichern. Die Regierung wurde diesmal auf einer etwas breiteren politischen Plattform des rechten Zentrums gebildet. Befürchtungen bezüglich ihrer möglichen Fragilität – wegen einer größeren Zahl an Kompromissen, die der Wahlsieger gegenüber seinen kleineren Koalitionspartnern machen musste – erwiesen sich als unbegründet.

Der einzige fragile Punkt in dieser Regierung bleibt auch weiterhin die Selbständige Serbische Demokratische Partei (SDSS), die Sanader benötigt, um das Image einer multiethnischen, pro-europäischen Regierung zu wahren. Auch wenn am Wahlprozess im Wesentlichen nichts zu bemängeln war, blieb die Wahlberechtigung der kroatisch-stämmigen BürgerInnen aus dem benachbarten Bosnien-Herzegowina und der Kroaten aus dem übrigen Ausland (Diaspora) umstritten. Sie waren letztendlich tatsächlich das Zünglein an der Waage bei dem Kopf-an-Kopf Rennen zwischen den Sozialdemokraten, die keinen Wahlkampf in Bosnien-Herzegowina führten, und der HDZ, die das tat. Der

regierenden HDZ kam dies jedoch gelegen. Die Sozialdemokraten (SDP) zeigten, dass sie den Tod ihres langjährigen Vorsitzenden Ivica Račan (Anfang 2007) nur schwer verwunden haben. Zoran Milanović, der neue Parteivorsitzende der SDP, erreichte aber trotzdem das beste Wahlergebnis in der Geschichte der SDP. Die größten Verlierer der Parlamentswahlen Ende 2007 waren die links-liberale HNS (Kroatische Volkspartei) und die HSP (Kroatische Partei des Rechts), eine ehemals extrem-nationalistische Partei. Letztere wäre fast ohne Parlamentssitze ausgegangen. Wenn auch geschwächt durch schlechte Ergebnisse und innere Zerwürfnisse, stellt die HNS noch immer einen möglichen Konkurrenten für die SDP bei den im kommenden Jahr stattfindenden Kommunalwahlen, insbesondere in Zagreb, dar.

Den grünen Parteien ist es bei den Parlamentswahlen nicht gelungen, die vorhandenen Nischen für den Eintritt in die politische Arena zu nutzen (von der Frage nach Umweltschutz, Energie bis hin zum Schutz der sexuellen Minderheiten, dem NATO-Beitritt, Regionalisierung), so dass sie ein dementsprechend schlechtes Ergebnis erzielt haben (etwa 0,4 Prozent je Partei).

Hervorzuheben ist die Tatsache, dass keine der erwähnten Parteien durch die letzte Phase der demokratischen Transformation gegangen ist. Als primäre Akteure im politischen Leben leiden die Parteien noch immer an den Defiziten ihrer eigenen innerparteilichen Demokratie: Die autoritäre Führung entfernt sich in der Regel durch ihren populistischen Diskurs von der vereinbarten Programmatik.

Was Besorgnis erregt, ist die erneute Erstarkung des nationalistischen Diskurses, der durch eine starke und zum Teil antieuropäische Unterstützung der Kirche bereits transparteiliche Formen annimmt und

mit ihrem Diskurs und der Rhetorik über den formellen Rahmen der Parteien hinaus geht.

Dagegen herrscht im linken Parteienspektrum ein gewisses Vakuum. Der momentan einzige mögliche Stützpfiler im Widerstand gegen die neue neokonservative Front ist in der Fortsetzung der politischen Karriere des aktuellen Präsidenten Stjepan Mesić zu finden. Auf innenpolitischer Ebene hat Mesić trotz reduzierter Befugnisse (und mit Ausnahme der Verdeckung einiger Unregelmäßigkeiten in der Arbeit der Sicherheits- und Geheimdienste) gute Arbeit in seiner Rolle als Regierungskorrektiv geleistet.

Unerfreulich ist die Situation der Medien. Sie schwanken zwischen nationaler Homogenisierung (allen voran HRT als öffentlich-rechtlicher Sender) und korporativem Journalismus. Dazu kommen Manipulationen der noch nicht reformierten Teile des Geheimdienstes.

Neokonservatismus und Schutz der Menschenrechte

Kroatien wird von einer neuen Welle der nationalen Homogenisierung erfasst. Der rechte Flügel der HDZ, die Veteranenvereinigungen aus dem „Vaterlandskrieg“ sowie die katholische Kirche spielen dabei die zentrale Rolle. Die Kirche scheut sich nicht vor einer direkten und öffentlichen Konfrontation mit dem Staat, indem sie ihn zur Wahrung der nationalen Interessen aufruft. Dabei sind nationalistische Töne, Xenophobie und Homophobie keine Seltenheit.

Als Beispiel ist der Einfluss hoher kirchlicher Würdenträger auf die Vorbereitung eines Anti-Diskriminierungsgesetzes (im Mai und Juni 2008) zu erwähnen. Dieses Gesetz wurde durch eine umfassende Lobby-Aktion der Kirche fast verhindert. Der Diskurs über „Bleiburg und Jasenovac“, in dem die Opfer des Ustascha- und des kommunistischen

Regimes der (Nach-)Kriegszeit des Zweiten Weltkrieges ungleich behandelt werden, wird auch weiterhin von der Kirche wiederbelebt.

Die per Gesetz verbotene Ustascha-Ikonografie wird immer populärer, auch bei der jüngeren Bevölkerung. Zum Beispiel waren 60.000 Fans beim Konzert des Rocksängers Marko Perković Thompson Ende Mai 2008 auf dem zentralen Platz in Zagreb. Die rechts außen Popikone der kroatischen Musikszene flirtet offen mit Ustascha-Symbolen.

In diesem Sommer beispielsweise wurde der im Alter von 87 Jahren verstorbene Dinko Šakić, im Zweiten Weltkrieg Kommandant des Konzentrationslagers Jasenovac, in seiner Ustascha-Uniform beigesetzt. Ein dominikanischer Mönch hielt eine Rede, in der er das Ustascha-Regime verteidigte. Nach dem Krieg war Šakić nach Argentinien emigriert und erst zurückgekehrt, wie viele andere, als Kroatien 1991 ein unabhängiger Staat geworden war.

Aus Berichten des Kroatischen Helsinki Komitees (HHO) über die Lage der Menschenrechte geht hervor, dass der Staat durch die Einschränkung der Sozialrechte und durch die Ineffizienz des Rechtssystems die Menschenrechte verletzt.

Es gibt Indizien, dass die Rückkehr serbischer BürgerInnen bald durch den Bau von Wohnungen stimuliert wird und der Wert des verlorenen Eigentums bei denjenigen kompensiert werden soll, die von einer Rückkehr absehen. Solch ein Maßnahmenpaket befindet sich derzeit in Vorbereitung und ist unter dem Druck der Europäischen Union zustande gekommen.

Die Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit geschieht weiterhin primär durch über 20 derzeit laufende Verhandlungen von Kriegsverbrechen, aber auch durch die Kriegsverbrecherprozesse gegen Ante Gotovina, Ivan Čermak und Mladen Mrakač wegen ethnischer Säuberungen von 1991 bis 1995. Branimir

Glavaš, ein regionaler nationalistischer Politiker aus Osijek wurde 2007 wegen ethnischer Säuberung und Drohungen gegen die Medien angeklagt. Er kehrte 2008 auf bizarre Weise in die politische Szene zurück, denn durch den Wahlsieg seiner regionalen Partei HDSSB erhielt er seine Abgeordnetenimmunität zurück und der ganze Prozess gegen ihn wurde über Nacht eingefroren.

Die Zivilgesellschaft Ökologie, Energie, Ökonomie

Auf juristischer und institutioneller Ebene schuf der Staat solide Bedingungen und Regelungen für die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen und kompensierte teilweise das durch den Rückzug der ausländischen Geldgeber entstandene Vakuum. Neben dem Staat ist die Europäische Kommission auch weiterhin der größte Sponsor der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Immer öfter kommen auch private Unternehmen hinzu. Die Kirche, aus dem Krieg hervorgegangene Organisationen sowie einige Sportvereine werden von bestimmten Steuerabgaben ausgenommen, während die gleichen Regeln für andere NRO nicht gelten. Ein Teil der NRO (wie das Kroatische Helsinki Komitee HHO) haben große Probleme bei der Sicherung ihres finanziellen Überlebens.

Auch wenn der Ökologie im Land immer mehr Beachtung geschenkt wird, hat der Staat noch immer keine klare Vision für die Entwicklung des Landes auf den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung. Eine ökologische Denkweise wird trotz der steigenden Ölpreise noch immer als Luxus angesehen, den sich Entwicklungsländer nicht leisten können. So bleibt der Umweltschutz weiterhin ein Bereich, in dem ein hohes Maß an juristischer Unsicherheit herrscht, was nicht nur die Fälle von direkter Verletzung der Menschenrechte (Recht auf eine gesunde Umwelt und die eigene Gesundheit) zeigen. Ein drastisches Beispiel: Ein Richter wird seines Amtes enthoben, nachdem er die Raffinerie INA zu einer Geldstrafe

von 4000 EURO wegen Umweltverschmutzung verurteilt hat.

Die Umwelt ist auch weiterhin eines der anspruchsvollsten Kapitel, wenn es um den Beitritt Kroatiens in die Europäische Union geht - in diesem Zusammenhang sind enorme Investitionen nötig. Was die Energiesicherheit angeht, wird die Frage der weiteren Energieorientierung und die Nutzung existierender natürlicher Ressourcen immer relevanter. Als Land in unmittelbarer Nachbarschaft der Europäischen Union, aber auch als Energieimporteur, ist Kroatien logischerweise auch Transitland für Energierouten (PEOP, South Stream), die für die kommenden Jahre in der Region geplant sind. Der immer größere Energieverbrauch, aber auch die steigenden Energiepreise und die einseitige Orientierung auf fossile Brennstoffe rufen als möglichen Ausweg erneut die nukleare Option auf den Plan. In der Öffentlichkeit findet bereits eine Debatte über eine Nuklearanlage als mögliche Lösung statt. Andererseits werden die erneuerbaren Energiequellen (aus denen man gerade ein Prozent der Energie in Kroatien gewinnt) noch immer nicht als strategische Energiequelle betrachtet. Unter dem Einfluss verschiedener Interessensgruppen aus dem Energiesektor bietet der Staat keinen Raum für Subventionen und Anstöße für solche alternativen Energielösungen und auch der Privatsektor in Kroatien zeigt kein großes Interesse an Investitionen. Laut Eurobarometer liegt Kroatien bei 55 Prozent des Bruttonationalprodukts der Europäischen Union, mit einer wachsenden Inflationsrate von zirka 7 Prozent. Die offizielle Arbeitslosenzahl liegt bei 11 Prozent (in Zagreb unter 7 Prozent). Die Wirtschaft bleibt auch weiterhin zu eng mit dem Staat verbunden, so dass in manchen Gebieten immer noch ein zu hoher Grad des Protektionismus zu verzeichnen ist. Trotz der Tatsache, dass Kroatien Mitte des Jahres 2008 von der Weltbank zum besten Reformland in Europa erklärt wurde, stellt die kroatische Unzuverlässigkeit

der kroatischen Justiz auch weiterhin ein großes Problem für die Investoren dar.

Ausblick

Im Bereich der internationalen institutionellen Einbindung der Länder des westlichen Balkans gab es trotz aller Probleme auch positive Entwicklungen (vor allem die Paraphierung und Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) zwischen Brüssel einerseits und Podgorica, Belgrad und Sarajevo andererseits).

Erst demokratisch konsolidierte und an die EU irreversibel gebundene Staaten und Gesellschaften werden in der Lage sein, die immer noch ethnisch geprägten Konflikte untereinander sowie innerhalb der Staaten friedlich auszutragen und sich aus eigener Kraft weiter zu entwickeln. Der Nationalismus ist nach wie vor die treibende politische Kraft in der Region.

Serbien, Kosovo und Bosnien-Herzegowina befinden sich in der entscheidenden Transformationsphase: In Serbien entscheidet sich derzeit gerade die europäische Zukunft des Landes, in Bosnien-Herzegowina steht die Überlebensfähigkeit einer multiethnischen Republik auf dem Spiel, während das Kosovo erst seine grundlegende Demokratiefähigkeit als selbständiger Staat unter Beweis stellen muss.

Die politische Macht wird mittelfristig in allen Ländern bei der Exekutive gebündelt bleiben. Es ist fraglich ob die Zivilgesellschaft allein als „Aufputscher“ wirken kann. Ihr müsste es gelingen, erneut genug Mobilisierungskraft zu entwickeln, um der Stagnation oder der eventuellen Rückkehr zum Autoritären entgegen zu wirken.

Mit den gescheiterten Kosovo-Verhandlungen und der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo geht ein Wiedererstarken des Nationalismus in Serbien (sowie in der Republika Srpska) einher. Artikulierter Widerstand gegen diese vorherrschenden politischen Tendenzen ist in Serbien hauptsächlich bei der Liberal-demokratischen Partei (LDP), einigen NRO und kleineren grünen Parteien zu finden.

Einem EU-Bericht zufolge stellen Korruption und organisierte Kriminalität die größte Gefahr im Kosovo dar. Rechtsstaatlichkeit ist im Kosovo aufgrund der verabschiedeten Gesetze zwar formell gewährleistet, jedoch in einigen Bereichen kaum umzusetzen: Bewegungsfreiheit, Sicherheit, Menschenrechte für alle BürgerInnen können kaum garantiert werden. Nachdem die Statusfrage den einheimischen Politeliten nicht mehr als Feigenblatt für die drängenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme dienen wird, ist eine systematische Stärkung der demokratisch-politischen Kultur und eines über die Grenzen der Ethnien hinausgehenden Dialogs im Kosovo notwendig. Einer Teilung des Kosovo in den serbischen Norden und den albanischen Süden, die de facto bereits existiert, sollte die EU durch eine schnelle EU-Perspektive, eine konsequente Modernisierung und die Demokratisierung der kosovarischen Gesellschaft entgegen wirken.

In Bosnien-Herzegowina ist nach den Kommunalwahlen im Oktober 2008 ein intensiverer Prozess im Bereich der Verfassungsreform zu erwarten. Ferner stellt die Durchführung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU eine große Herausforderung für den Staat dar. Sollte Bosnien-Herzegowina den übernommenen Pflichten und Anforderungen aus dem SAA nicht nachkommen, könnte das Land wieder eine ethno-nationale, politische Blockade verfallen, was wiederum zu

Reformstau, wirtschaftlicher Stagnation, sozialer Unzufriedenheit und größerer Armut der Bevölkerung führen kann.

Sowohl die Gesellschaft als auch der Staat sind immer noch ethnisch fragmentiert und eine politische Alternative ist nicht absehbar. Wenn diejenigen BürgerInnen, die sich als Serben bzw. Kroaten definieren, 13 Jahre nach dem Krieg einen starken Bundesstaat Bosnien-Herzegowina mehrheitlich immer noch ablehnen – wegen der vermeintlichen Dominanz der bosniakischen relativen Mehrheit im Staatsapparat – dann ist eine andauernde Pattsituation zu befürchten, denn die Hälfte der Bevölkerung steht dem gemeinsamen Staat illoyal oder nur bedingt loyal gegenüber. Ideologisch bieten diese Ängste eine Grundlage für den serbischen und zum Teil auch kroatischen Nationalismus.

Dazu kommt der nicht immer positive Einfluss der Nachbarländer. Vor allem Serbien hat sich noch nicht entschieden, ob es trotz der Kosovo-Frustration ohne Wenn und Aber auf dem EU-Wege bleibt. Wie auch immer diese Entscheidung ausfallen wird, die Republika Srpska (RS) wird die neue/alte Politik aus Belgrad immer in die eigene Politik miteinbeziehen. Eine kontinuierliche Blockadehaltung der nationalistischen Politeliten, insbesondere in der Republika Srpska und in Serbien, ist auch weiterhin zu erwarten. Deshalb ist der Druck der „Europäisierung“ in der kommenden Periode besonders wichtig.

Montenegro und insbesondere Kroatien werden in der kommenden Periode die Erfüllung der EU-Kriterien eher substantiell und nicht – wie bisher – formell angehen, was eine enorme Reformanstrengung bedeutet.

Was die Respektierung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und die Festigung der

demokratisch-politischen Kultur auf dem Balkan betrifft, zeichnen sich die Fortschritte nicht in einer linearen Vorwärtsbewegung ab. Es gibt einige Indizien, dass es parallel zu einer demokratischen Entwicklung gesellschaftliche Tendenzen zur Stagnation oder gar zum Rückfall in autoritäre Strukturen gibt.

Die Zivilgesellschaften in SOE sind nicht ausgeprägt genug, um die Demokratie irreversibel zu konsolidieren. Diese erschwerten Bedingungen für die Zivilgesellschaften verlangen nach einer strategischen Bildung von Allianzen – einer Suche nach Verbündeten im politischen und medialen Bereich.

Anhang

Wichtige Ereignisse Juli 2007 – Juli 2008

Juli 2007

In der Gedenkstätte Srebrenica wurden 465 sterbliche Überreste der Opfer des Genozids von 1995 beigesetzt.

September 2007

Tod des Präsidenten der Republika Srpska, Milan Jelić.

Oktober 2007

Der Hohe Repräsentant für Bosnien-Herzegowina, Miroslav Lajčák, erlässt Maßnahmen, die den Gesamtstaat Bosnien-Herzegowina stärken und die Parlamentsprozedur bei der Gesetzesverabschiedung erleichtern. Dies ist der Auslöser für eine politische Krise im Land.

Am 16. Oktober 2007 wurde Kroatien für zwei Jahre als nicht ständiges Mitglied in den UN-Sicherheitsrat gewählt.

November 2007

EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn und der serbische Präsident Boris Tadić haben in Brüssel das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) paraphiert. Unterzeichnet wird das Abkommen erst dann, wenn Belgrad uneingeschränkt mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag zusammen arbeitet. Dabei geht es vor allem um die Verhaftung und Auslieferung des wegen Kriegsverbrechen angeklagten Ex-Serben-Generals Ratko Mladić.

Nikola Špirić, Vorsitzender des Ministerrates in Bosnien-Herzegowina, legt sein Amt nieder. Grund für seinen Rücktritt sind die Maßnahmen des Hohen Repräsentanten zur Stärkung des Gesamtstaates.

Bosnien-Herzegowina paraphiert das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU.

Das Amtsgericht in Den Haag lässt das Verfahren Mütter von Srebrenica gegen die Vereinten Nationen und die Niederlande zu.

Am 25. November fanden Parlamentswahlen in Kroatien statt. Der Ministerpräsident Ivo Sanader wurde im Amt bestätigt.

Dezember 2007

Die Troika (Vertreter der EU, USA und Russlands, Wolfgang Ischinger, Frank Wisner und Alexander Botsan Chartschenko), deren Mandat am 10. Dezember 2007 abgelaufen ist, stellte fest, dass nach einer zusätzlichen viermonatigen Frist ein Kompromiss über den Status des Kosovo zwischen Belgrad und Prishtina nicht möglich ist. Serbien bot eine weitgehende Autonomie an; die Albaner wollten die vollständige Unabhängigkeit.

Das serbische Parlament verabschiedete eine Kosovo-Resolution in der Serbiens Anspruch auf das Kosovo bekräftigt wurde. In der Resolution wurde vor den Auswirkungen einer möglichen Unabhängigkeit

auf die diplomatischen Beziehungen mit Europa gewarnt.

Nikola Špirić wird nach Vereinbarung der Chefs der sechs führenden Parteien in Bosnien-Herzegowina wieder zum Vorsitzenden des Ministerrates in Bosnien-Herzegowina ernannt.

Rajko Kuzmanović, Kandidat der SNSD, wird zum Präsidenten der Republika Srpska gewählt.

Januar 2008

Sergej Bramertz wird neuer Staatsanwalt des Hager Kriegsverbrechertribunals.

Februar 2008

Bei den Präsidentschaftswahlen in Serbien siegte der demokratische Kandidat und Amtsinhaber Boris Tadić.

Das kosovarische Parlament erklärte am 17. Februar in Prishtina die Unabhängigkeit.

Nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo und nach den ersten Anerkennungen des neuen Staates durch Washington, London und Berlin kam es zu den Großdemonstrationen und Krawallen in Belgrad.

Denis Mrnjavac, ein 17jähriger Schüler wird in einer vollbesetzten Straßenbahn in Sarajevo von drei jugendlichen Tätern erstochen. Diese Tat ist Anlass monatelanger Demonstrationen in Sarajevo.

Die Volksversammlung der Republika Srpska verabschiedet die Resolution der Nichtanerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo.

In mehreren Städten der Republika Srpska gibt es Demonstrationen, die sich gegen die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo richten.

März 2008

Serbiens Regierung scheiterte an der unterschiedlichen Haltung der Koalitionspartner zur Frage, ob man das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen an die Kosovo-Frage bindet.

Am 17. März 2008 kam es in Kosovska Mitrovica zu schweren Ausschreitungen. Fast 150 Menschen wurden bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen serbischen Demonstranten und internationalen Polizisten und Soldaten verletzt, ein ukrainischer Unmik-Polizist kam dabei ums Leben.

April 2008

Mitten in der heißen Wahlkampfphase in Serbien unterzeichnete Brüssel am 30.04. 2008 das SAA mit Belgrad.

In Zagreb fanden während des Besuchs des US-amerikanischen Präsidenten Georg W. Bush Proteste der kritischen NRO gegen die US-amerikanische Missachtung der Menschenrechte, Kriegs- und Klimapolitik statt.

Kroatien bekam eine offizielle Einladung zur NATO-Mitgliedschaft. Der amerikanische Präsident Bush bestätigte diese während seines Besuchs in Kroatien. Das Parlament Bosnien-Herzegowinas verabschiedet nach jahrelangen Verhandlungen Gesetze zur Polizeireform.

Mai 2008

Im Vergleich zu den Parlamentswahlen im Januar 2007 haben sich bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2008 die Kräfteverhältnisse zu Gunsten des pro-europäischen Präsidenten Borislav Tadić und seiner Verbündeten verschoben.

Das Parlament Bosnien-Herzegowinas verabschiedet die Änderung des Wahlgesetzes Bosnien-Herzegowinas in Bezug auf Srebrenica. Demnach können

sich alle BürgerInnen Srebrenicas, die in der Gemeinde vor dem Krieg gelebt haben, für die bevorstehenden Wahlen in der Gemeinde Srebrenica registrieren lassen

Juni 2008

Am 16. Juni 2008 unterzeichnete Bosnien-Herzegowina das SAA mit der EU.

Die Demokratische Partei des Präsidenten Tadić vereinbart in Belgrad eine Regierungskoalition mit der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS). Tadić sicherte sich eine knappe pro-europäische Mehrheit. Die Sozialisten des verstorbenen Parteichefs Slobodan Milošević sind acht Jahre nach der demokratischen Wende in Serbien – auch ohne Distanzierung von dem Milošević-Erbe – wieder regierungsfähig.

Sitzungen des Friedensimplementierungsrates vom 24.-25.06. 2008 in Sarajevo. Hier wurden die wesentlichen Beschlüsse der Februar Sitzung bestätigt: Die Schließung des OHR bleibt weiterhin ein Ziel der IG, dennoch wird weiterhin kein konkretes Schließungsdatum genannt. Das Kommuniqué des Friedensimplementierungsrates wurde ohne die Zustimmung der Russen beschlossen, die auf eine zügige Schließung des OHR drängen.

Der mutmaßlichen Kriegsverbrecher Stojan Župljanin wird in Serbien verhaftet. Župljanin, der während des Krieges Leiter der Polizeibehörde in Banja Luka war, ist wegen Kriegsverbrechen in der Bosanska Krajina im Jahr 1992 angeklagt.

Vier Monate nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo trat in Prishtina am 15.6. 2008 eine eigene Verfassung in Kraft. Russland und Serbien lehnen bis jetzt die am 17. Februar erklärte Unabhängigkeit des Kosovo von Belgrad als Verletzung der UN-

Resolution 1244 und der Charta der Vereinten Nationen ab.

Juli 2008

In Serbien wurde die neue demokratisch-sozialistische Regierung nach achtwöchigem Koalitionspoker vom Parlament am 7. Juli mit knapper Mehrheit gebilligt. Der neue pro-europäische Ministerpräsident Mirko Cvetković kündigte an, dass seine Regierung die europäische Integration Serbiens beschleunigen werde.

Der seit zwölf Jahren gesuchte mutmaßliche Kriegsverbrecher und ehemalige Präsident der Republika Srpska, Radovan Karadžić, wurde am 21. Juli in Belgrad verhaftet. Am 30. Juli wurde er an das UNO-Tribunal für Ex-Jugoslawien in Den Haag ausgeliefert.